

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 68 (1989)

Heft: 3: Materialien zur "Schweiz ohne Armee"

Artikel: Begründung für ein Nein : die Mehrheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begründung für ein Nein

Die Mehrheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand

I. Vorwort

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» stellt eine Herausforderung für unseren Staat dar, ist aber auch eine demokratische Chance zum Dialog. Bei allem Verständnis für Leidenschaften, für Ideale und für grosse Vorhaben müssen wir daran erinnern, dass diese Partei vielfältige Interessen der Arbeitnehmer/-innen, Mieter/-innen und Konsument/-innen wahrzunehmen und für eine intakte Umwelt zu sorgen hat. Um für diese Zukunftsaufgaben gerüstet und politisch stark genug zu sein, dürfen wir uns nicht an der Armeefrage zerreißen.

Der Wunsch geht an die Sektionen und Kantonalparteien, die Delegierten auf den erwähnten Parteitag seriös vorzubereiten. Während die bürgerlichen Bundesratsparteien die Initiative «Schweiz ohne Armee» in der geistigen Achtungstellung im Rekordtempo ablehnen werden, tun wir uns schwerer. Wir wollen eine faire und seriöse Debatte, aber wir brauchen keinen Opfergang mit einem hohen Verlustpreis.

Der Antrag für die Neinparole zur Armeeabschaffungsinitiative ist kein unbedingtes Ja zur bestehenden Armee. Im Gegenteil: Die SPS strebt mit der Mehrheit des Schweizervolks eine den Verhältnissen unseres Landes angepasste, redimensionierte Armee ohne Luxusrüstung, Hochtechnisierung und milizuntaugliche Waffensysteme an. Unser Nein zur Armeeabschaffungsinitiative will ein kritisches Nein sein. Wir wollen zudem verhindern, dass die politische Rechte mit ihrem seit Jahren vertretenen Armeetabu aus der Abstimmung ein Plebisitz für die heute existierende Armee macht.

II. Auf dem Weg zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik

Wir leben in einer weltgeschichtlich neuen Situation. Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellose Alternative verlangt ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Veraltete sicherheits- und militärpolitische Denkschemen müssen deshalb über Bord geworfen werden. In diese Richtung weisen die nachstehenden Grundsätze und Thesen, wie sie in den letzten Jahren Eingang in friedens- und sicherheitspolitischen Überlegungen und Konzepte westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien gefunden haben.

III. Neue Bedrohungsformen – weniger und eine andere Armee

Wir wissen, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer zuallererst bei der Rüstung sparen will (gemäss Umfrage über 60 Prozent). Die Rüstungsskepsis und der Militär-Sparwille in der Bevölkerung nehmen laufend zu. Eine repräsentative Univox-Umfrage von 1988 zeitigt aufschlussreiche Ergebnisse. Auf die Frage, wo «eher weniger Staatsausgaben» gewünscht werden, gab es folgende Antworten: 60 Prozent der Befragten wünschen Einsparungen bei der Landesverteidigung. Auf die Frage, wo «eher mehr Staatsausgaben» erwünscht sind, sehen 63,5 Prozent der Befragten mehr Ausgaben für den Umweltschutz, 48,3 Prozent für die AHV/IV und nur gerade 2,9 Prozent für die Landesverteidigung. Während die bürgerlichen Partei-

en unter Führung der FDP seit 1975 für «weniger Staat» und für mehr Rüstungsausgaben eintraten, hat die SPS übersetzte Rüstungsprojekte konsequent abgelehnt. Erwähnt seien die Kreditbegehren für den Panzer Leopard von 1985 oder für die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 von 1988, um nur die beiden letzten Brocken zu nennen. Die Wirksamkeit einer Armee bemisst sich weder an der Höhe der Kosten noch am Grad der Hochtechnisierung. Die Übertechnisierung ist vielmehr ein Faktor der Verletzbarkeit geworden. Sie stellt zudem immer mehr den Milizcharakter der Armee zugunsten der Professionalisierung in Frage. Aus diesen Überlegungen heraus lehnen wir den geplanten Rüstungskredit von 3 Milliarden Franken für 34 F-18-Kampfflugzeuge ab, denn solche Kampfflugzeuge überschreiten die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaates.

Moderner Industriestaat als Risikogesellschaft

EMD-Kommandanten reden immer nur von der militärischen Bedrohung. Sicherheitspolitik aber geht weit über die militärische Sicht hinaus. Der moderne Industriestaat ist längst zur Risikogesellschaft geworden. Einige Stichworte mögen das andeuten:

- «Tschernobyl», «Bhopal» und «Schweizerhalle» sind Mahnmale für grenzüberschreitende Gefahrenpotentiale, die überall sind.
- Industrielle Anlagen, Atomkraftwerke, Nuklearwaffen, Flugzeugabstürze, Gentechnologie u.a.m. stellen ständige Grosskatastrophenrisiken dar.

- Umweltzerstörungen wie Waldsterben, vergiftete Luft, verseuchte Böden, verbrannte Tropenwälder, Ozonloch, Nordsee-Robben tod usw. bedrohen uns lokal, kontinental und global.
- Das Nord-Süd-Gefälle erzeugt Reichtum und Verschwendungen auf der einen, Armut und weltweite Flüchtlingsströme auf der anderen Seite. Solang 27 «reiche» Staaten mit 25 Prozent der Weltbevölkerung 75 Prozent des gesamten Reichtums dieser Erde besitzen, umgekehrt zwei Drittel der Menschen im Armenhaus der Welt vegetieren, kann es weder Sicherheit noch Frieden geben.
- Internationaler Drogenhandel, Industriespionage, Satellitenespione, Verletzlichkeit der elektronisch gesteuerten Wirtschaft oder Grosstechnologie stellen ständige Sicherheitsrisiken dar.
- Wirtschaftliche Abhängigkeit und internationale Multikonzerne können für einen Kleinstaat wie die Schweiz bedrohlich sein/werden.

Die weltweite Kriegsgefahr durch die Grossmächte, die Zerstörung durch Atomkrieg, der Rüstungswahnsinn mit all seinen berechenbaren und unberechenbaren Folgen stellen nur einen Teil der Bedrohungen und des Risikopotentials dar. Sie stehen zudem in einem engen Zusammenhang mit den anderen und neuen Bedrohungspotentialen der modernen Industriegesellschaft.

Sicherheitspolitik ist mehr als Militärpolitik

Diese neue Sicht der Bedrohungslage hat bereits im SPS-«Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik», beschlossen am Parteitag 1972, Eingang gefunden, wo unter anderem steht:

«Das Fundament jeglicher Sicherheitspolitik ist der Unabhängigkeit- und Widerstandswille eines Volkes. Dieser wiederum ist letztlich eine Frage der Überzeugung von Sinn, Wert, Gerechtig-

keit und Stärke der eigenen Sache. Nur wer eine Gemeinschaft bejaht, in der er sich verwurzelt fühlt und von der er seine eigene Existenz abhängig weiss, kann für deren Erhaltung eintreten. Nicht durch Papier und Wort, sondern durch tatkräftige Anteilnahme am zeitgemässen Ausbau der direkten Demokratie durch gesellschaftspolitische Strukturreformen und sozial- und wirtschaftspolitische Reformen wird dieser Staatsbürger geprägt, auf den sich eine umfassende Sicherheitspolitik zu stützen vermag. Dem gesellschafts- und sozialpolitischen Ausbau des Landes kommt daher für die friedensstrategische Sicherheitspolitik der Schweiz vorrangige Bedeutung zu.»

Das war und bleibt Ziel unserer Politik. Im Unterschied zu bürgerlichen Parteien, die Sicherheitspolitik praktisch ausschliesslich als militärische Gesamtverteidigungspolitik betrachten, definieren wir sie breiter. Sie umfasst Sozial- und Gesellschaftspolitik, Aussen- und Dritteweltpolitik, Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik, Katastrophenhilfe und Militärpolitik.

Land-Verteidigung muss heute gleichrangig mit Landesverteidigung sein. Die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft ist ebenso eine sicherheitspolitische als auch eine wirtschaftliche Aufgabe. Hier stimmen wir mit dem Genfer Prof. Jacques Freymond überein, der Umweltpolitik als Sicherheitspolitik definiert und die Ökologen als die eigentlichen Realisten bezeichnet.

IV. Kritik der heutigen Sicherheitspolitik

Die Sozialdemokratie hat die Schweiz um ein gutes Stück menschlicher, gerechter und humarer gemacht. Aber Widersprüche und Ungerechtigkeiten sind geblieben. Verändert hat sich allerdings die Einstellung der Menschen zum Staat, zur Politik, zu den Parteien. Der allgemeine Wertwandel geht einher mit der

Individualisierung und Entsolidarisierung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Menschen sind anderseits selbstbewusster und kritischer geworden. Die lange geltende Rechnung, der technische Fortschritt bringe beinahe automatisch auch eine Verbesserung der sozialen Qualität der Gesellschaft mit sich, wird von einer wachsenden Zahl von Menschen als falsch betrachtet.

Natur und Umwelt sind fast der Erschöpfung nahe. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Da und dort machen sich Pessimismus, Endzeitstimmung breit. Damit dürfen sich Sozialdemokraten/-innen nicht abfinden. Fehlentwicklungen, die von Menschen verursacht wurden, sind von Menschen korrigierbar. Wir wissen aber, dass die blosse Fortschreibung der Vergangenheit keine Zukunft schafft.

Die Armee nicht der Rechten überlassen

Das Bürgertum hat die Armee oft für innere Einsätze missbraucht. In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts richteten sich von insgesamt 90 Ruhe- und Ordnungseinsätzen 60 gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterschaft. Von diesem Hintergrund aus ist zu verstehen, dass die SPS Armee und Landesverteidigung während langer Zeit als Instrument der herrschenden Klasse ablehnte.

Als im Jahre 1933 in Deutschland die Nazis und vorher in Italien die Faschisten an die Macht gekommen waren und den Krieg vorbereiteten, bekannte sich die SPS an einem stürmisch verlaufenen Parteitag von 1935 zur bewaffneten Neutralität. General Henri Guisan würdigte in seinem Schlussbericht über die Aktivdienstzeit von 1939 bis 1945 die Rolle der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Sie war die verlässlichste Stütze im Widerstand, aus ihren

Reihen kamen keine Landesverräter, was das Bürgertum von sich nicht vermelden konnte.

Das Ja der SPS zur Landesverteidigung blieb immer distanziert-kritisch. Die Politik des EMD stiess und stösst oft auf Ablehnung. Die SPS verfolgte stets eine eigene Abwehrdoktrin. Im heute geltenden Parteiprogramm von 1982 ist u.a. dazu zu lesen:

«Militärische Abwehrbereitschaft zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Unabhängigkeit ist für uns ein notwendiges Übel... Unsere kleinstaatlichen politischen Verhältnisse erlauben uns nicht, eine Grossmachtarmee im Kleinformat zu finanzieren. Wir brauchen deshalb die Milizarmee, welche auch im rüstungstechnischen Bereich diesen Grundsatz einhält.»

Um die schmerzlichen Erfahrungen mit Armeeeinsätzen gegen den «inneren Feind» nie mehr aufkommen zu lassen, müssen drei Bedingungen erfüllt sein, welche die SPS in ihrer Politik immer gefordert hat:

1. Innere Ruhe- und Ordnungseinsätze sind zu verbieten.
2. Die rechtsstaatlichen Grundsätze gelten auch für die Armee.
3. Die Armee bleibt der Politik sowie der demokratischen Kontrolle unterstellt.

Damit diese Grundsätze durchgesetzt werden können, muss der politische Einfluss der SPS stärker werden. Wir dürfen die Armee und die Militärpolitik nicht dem Bürgertum und seinen Parteien überlassen.

Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

In der Botschaft des Bundesrates zur Initiative «Schweiz ohne Armee» heisst es: «Eine umfassende Sicherheitspolitik, die unabdingbar von einer glaubwürdigen Armee abhängt, macht die freie Entfaltung von Individuum und Gesellschaft innerhalb des schüt-

zenden Staates erst möglich.» Für das EMD bzw. für den Bundesrat garantiert die Armee sozusagen alles: Existenz, Freiheit und Zukunftschance. Damit wird die Rolle der Armee überzeichnet. Damit wird der Armee ein Auftrag zugewiesen, den sie nicht zu erfüllen vermag und wofür sie keine Legitimation hat. Der Bundesrat plädiert mit seinem Bekenntnis im Grunde genommen für eine militarisierte Gesellschaft. Eine solche Doktrin lehnt die SPS ab. Die Armee hat den klar definierten Auftrag, das Land gegen eine äussere Bedrohung nötigenfalls bestmöglich schützen zu können, d.h. einen militärischen Angriff möglichst als aussichtslos oder zumindest als verlustreichen Gang zum vornherein abzublocken.

Für die SPS ist die Armee ein «notwendiges Übel», mehr nicht. Schon die sozialistischen Klassiker wie Karl Marx und Friedrich Engels befürworteten die «konsequente Handhabung der allgemeinen Wehrpflicht», sagten ja zum «Milizheer», lehnten aber ein «stehendes Berufsheer» ab. Wilhelm Liebknecht oder August Bebel plädierten ebenso für «die allgemeine Wehrpflicht». In Ländern, in denen die politische Linke regiert bzw. massgeblich Regierungseinfluss hat – als Beispiele seien Schweden, Norwegen und Österreich erwähnt –, haben die sozialdemokratischen Parteien und auch andere Linksparteien nie auch nur daran gedacht, die Armee ihres Landes abzuschaffen. Diese Tatsache ist unschwer zu erklären: Die eigentliche Kriegsgefahr geht nicht von diesen Staaten aus, sondern von den Grossmächten. Deshalb geht es nicht darum, dass sich die potentiellen Opfer zuerst selber entwaffnen, sondern es müssen die Grossmächte und im Verbund mit ihnen die anderen Staaten mit der Abrüstung vorangehen. Gegenwärtig besteht Mut zur Hoffnung, der Weg zum Weltfrieden aber ist noch weit.

V. GSOA-Initiative ist kein gangbarer Weg für die SPS

Armeeabschaffung heute weder konsens- noch mehrheitsfähig

Umfragen jüngeren Datums zeigen – und davon gehen auch die Initianten/-innen selber aus –, dass für die Abschaffung der Armee in der schweizerischen Öffentlichkeit heute nur eine kleine Minderheit zu finden ist. Diese Ausgangslage ist in die Entscheidungsfindung der SPS einzubeziehen. Die Radikalität des Initiativbegehrrens trifft auf eine breite Bevölkerung, die für eine solche Diskussion noch gar nicht oder völlig ungenügend vorbereitet ist. Diese Radikalität erschwert auch den Dialog. Jedes Land hat seine Geschichte. Die Armee hat in der Schweiz eine Tradition und hat einen hohen Stellenwert. Es ist unnötig, darüber zu streiten, warum, weshalb oder ob weniger nicht mehr wäre. Die Initiative überfordert effektiv die gegenwärtige politische Kultur.

Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will bis jetzt nicht auf jegliche bewaffnete Landesverteidigung verzichten. Jene, die zwar unsere Milizarmee beibehalten wollen, weil sie sie sicherheitspolitisch, neutralitätspolitisch und traditionell staatspolitisch wie auch aus historischen Gründen für nach wie vor unverzichtbar ansehen, diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen wir nicht dem unkritischen Nein der Militärlobby überlassen. Wir wollen auch ihre Ängste ernstnehmen. Nur dieses EMD-kritische Nein gibt jenen eine Stimme, die sich die Schweiz ohne Armee jetzt noch nicht vorstellen können, jedoch dem Militär einen weniger wichtigen Stellenwert in der Politik und vor allem weniger Steuergelder zur Verfügung stellen wollen.

Wir wissen, dass die Rüstungsskeptis und der Militärsparwillen in der Bevölkerung immer mehr an Boden gewinnen. Gerade in

dieser Situation halten wir deshalb eine Armeereform- und Rüstungsbeschränkungspolitik für viel glaubwürdiger, wie sie die SPS seit langem verfolgt. Der Erfolg der SP-Rüstungsreferendum-Initiative 1987 mit 41 Prozent Ja-Stimmen zeigt, in welcher Richtung in der Bevölkerung Mehrheiten zu finden sind.

Die SPS darf sich armeepolitisch nicht abmelden

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» stellt auch für die SPS eine aussergewöhnliche politische Belastungsprobe dar. Wer wäre nicht für eine Welt ohne Waffen? Wer ist nicht für Abrüstung und Frieden? Wer hofft nicht auf eine Zukunft ohne atomare Zerstörungsgefahr? Die Initiative stellt vom Ideal her das Optimum dar. Sozialisten/-innen sind rasch und gerne bereit, für Ideale ihr Herzblut einzusetzen. Auf der anderen Seite stehen die politischen Realitäten: eine Welt, in der die Grossmächte zwar miteinander über Abrüstung zu verhandeln beginnen, in der aber der Rüstungswahnsinn nach wie vor dominiert.

Die SPS muss in der politischen Entscheidfindung die ganze Breite der Mitgliedschaft und die gesamte Wählerschaft in die politischen Überlegungen einbeziehen. Aus diesem Grund nützt politisch-kämpferisch gehandhabter Realitätssinn mehr als das idealistisch riskierte Manöver ins politische Abseits. Was jedem einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin als persönliches Bekenntnis recht ist und sein darf, kann für die Partei nicht immer billig sein. Die Abstimmung über die Initiative «Schweiz ohne Armee» darf nicht einen billigen Sieg der Bürgerlichen, eine Stärkung der Militaristen und eine Schwächung der SPS bringen. Eines ist klar: Die Armeefrage ist kein aussenpolitisches, sondern in erster Linie unser innenpolitisches Problem. Die bürgerliche

Mehrheit hat es bisher verhindert, die Milizarmee zu einem Volksheer zu machen. Ihre Nato-Nähe, ihre unerträgliche Arroganz, für jedes Manöver das inne-

re oder das Moskau-Feindbild aufzuziehen, hat der Armee schweren Schaden zugefügt. Dass diese unbelehrbaren Militärköpfe mit der Gorbatschow-

Hausmann als Wehrmann

Von Nationalräatin Ursula Hafner

Hausarbeit und Kinderbetreuung werden offenbar weiterhin auch «von Staates wegen» gering geschätzt. Ich kenne einen Familienvater, der diese Arbeit leistet und in den Militärdienst einrücken musste. Eine gutmütige Grossmutter, die gratis hätte einspringen können, stand nicht zur Verfügung. Deshalb musste seine Frau, welche finanziell für den Unterhalt der Familie sorgt, frei nehmen. Ihr Arbeitgeber sah's zwar nicht gern, gewährte ihr aber schliesslich einen unbezahlten Urlaub. Ihr Verdienstausfall wurde nicht entschädigt. Der Mann bekam als Nichterwerbstätiger aufgrund der Erwerbsersatzordnung nur das Minimum für Verheiratete mit Kindern. Es beträgt je nach Kinderzahl höchstens 67 Franken pro Tag, während ein Erwerbstätiger maximal 155 Franken pro Tag erhält. Eine Familie, in welcher die Rollenverteilung dem althergebrachten Bild entspricht, wird durch den Militärdienst des Vaters nicht in finanzielle Nöte gestürzt. Anders eine Familie, in welcher die Rollen anders verteilt sind: Sie erhält nicht einmal halb so viel Erwerbsersatz! In gleicher Weise benachteiligt ist eine Familie, wenn die Hausfrau und Mutter im Zivilschutz oder im MFD Dienst leistet. Das ist ungerecht. Es ist auch verfassungswidrig. Ich weiss von einem Hausmann, der deshalb eine Beschwerde einreichte. Der Richter gab ihm grundsätzlich recht, sah sich aber gezwungen, die Beschwerde abzulehnen. Begründung: Er habe auch eine «dem klaren Wort und Sinn nach verfassungswidrige Regel» anzuwenden. Es sei ja nicht Sache der Richter, die Gesetze zurechtzubiegen. Es ist die Aufgabe des Parlaments, veraltete Gesetze zu ändern. Eine entsprechende Motion im Nationalrat fand denn auch breite Unterstützung. Die Erwerbsersatzordnung widerspricht ja in diesem Punkt nicht nur dem Gleichberechtigungsartikel unserer Verfassung, sondern auch dem Ehorecht, das seit einem guten Jahr in Kraft ist und festhält, dass die Ehegatten gemeinsam für den Unterhalt der Familie sorgen.

Doch was antwortet der Bundesrat? Er beantragte, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und schloss seine ausweichende Stellungnahme mit den Worten: «Die in der Motion angesprochenen Situationen sind heute noch Ausnahmen; sie könnten zahlreicher werden, wenn die gegenwärtige Tendenz zur Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau anhält. Wenn es soweit kommt, wird die Frage in ihrer Gesamtheit geprüft werden müssen.»

Zwar ist die Regelung dieser Ausnahmefälle verfassungswidrig, zwar leiden die Betroffenen darunter, zwar stehen alle Nationalrättinnen hinter der Motion – aber was schert's den Bundesrat! Auch die Frauen im Parlament sind ja heute noch Ausnahmen. Doch sie könnten zahlreicher werden, und dann müssten einige Fragen «in ihrer Gesamtheit geprüft werden». Wie unbequem!

Politik ihre liebe Not haben, d.h. dass ihr Feindbild wackelt, muss deshalb als sehr erfreulich betrachtet werden. Hier müssen und können wir unsere Chance für die Armeereform und gegen die schweizerische Hochrüstung nutzen. Gleich die ganze Armee abschaffen zu wollen überfordert unsere Partei und unsere Wähler/-innen heute und gefährdet als unrealistische Forderung die von uns erreichbaren Ziele.

Eine ungenügende Antwort auf friedenspolitische Fragen

Darüber hinaus kann die Initiative die folgenden vier friedenspolitisch wichtigen Fragen nicht oder nur ungenügend beantworten:

1. Stellt die Schweizer Armee für andere Staaten eine Gefahr dar? Nein, ihre Nichtangriffsfähigkeit ist glaubwürdig, ihr Defensivkonzept ist kontrollierbar.

2. Würde die «Schweiz ohne Armee» sicherer? Nein. Der Verzicht eines Kleinstaates auf die eigene Armee ändert weltweit am militärischen Kräfteverhältnis nichts, schwächt aber international die eigene Position.

3. Würde die Welt mit einer «Schweiz ohne Armee» sicherer? Nein. Die Schweizer Armee stellt weltweit oder europäisch kein Bedrohungspotential dar.

4. Würde eine «Schweiz ohne Armee» weltweit zum Vorbild avancieren? Nein. Abrüsten müssen die Grossmächte, von denen die Kriegs- und Zerstörungsgefahr ausgeht. Ob, wie und in welcher Zeit die Grossmächte vom Rüstungswahnsinn wegkommen und eine Politik der Sicherheitspartnerschaft sowie der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit betreiben werden, wird nicht von bewaffneten oder unbewaffneten Aktivitäten der Kleinstaaten beeinflusst. Rüstung und Abrüstung der Grossmächte haben mit Macht, Einfluss und gegenseitiger Zuweisung der Machtphasen zu tun.

VI. Mehr Mut zu einer offensiven und risikoreichen Friedenspolitik der Schweiz

Im Juni 1988 fand in Toronto eine Konferenz zur weltweiten Klimaveränderung statt. In einem Bericht des Bundesamtes für Umweltschutz heisst es dazu:

«Schadstoffe, die durch menschliche Aktivitäten, verschwenderischen Verbrauch von fossilen Brenn- und Treibstoffen sowie durch das starke Bevölkerungswachstum bedingt sind, verändern die Erdatmosphäre in einem bisher noch nie dagewesenen Mass. Diese Veränderungen stellen eine Hauptbedrohung der internationalen Sicherheit dar.»

Allein dieser bedrohliche Rapport müsste Parteien, Politik und Behörden motivieren und mobilisieren, mehr für die Land-Verteidigung, mehr für den Frieden zu tun und nicht immer nur die Landesverteidigung vorzuschieben.

Die Schweiz kann als Kleinstaat in Rüstungsbefangen weder in Moskau noch in Washington noch anderswo mächtigen Einfluss ausüben. Doch von viel bis nichts ist ein weiter Weg. Gerade deshalb plädiert die SPS für eine aktiveres, für eine offensiveres, für eine risikoreicheres Friedenspolitik. Friedenspolitik umfasst mehr als die Vernichtung der Waffenarsenale. Der Bogen der Handlungsmöglichkeiten für den Kleinstaat Schweiz ist sehr weit gespannt. Hier ein paar Beispiele dafür:

– Der Bund gründet endlich ein Friedens- und Konfliktforschungsinstitut.

– Die neutrale Schweiz lädt zu einer internationalen Konferenz zur Entschuldung der Drittwerldländer ein.

– Abrüstung im konventionellen Bereich muss auch für die Schweizer Armee endlich zum Thema werden.

– Die Schweiz initiiert zusammen mit anderen neutralen und blockfreien Staaten neue Abrüstungsinitiativen.

– Die Schweiz lanciert internatio-

Kreativität als Menschenrecht

12 Schweizer Schriftstellerinnen und Schriftsteller dies und jenseits des «Röschtigrabe» beschreiben ihre materielle und geistige Situation als Kulturschaffende in der Schweiz. Es sind dies: Andreas Balmer, Werner Bucher, Claude Darbellay, Ursula Eggli, Serge Ehrensperger, Christoph Geiser, Ingeborg Kaiser, Benoist Magnat, Juan Martinez, Rolf Niederhauser, Amélie Plume, Hank Vogel. Was dabei herausgekommen ist, ist von erstaunlicher formaler und inhaltlicher Vielfältigkeit und zeugt von der Intensität und Originalität des Kulturschaffens in der Schweiz ebenso wie von der täglichen Entmutigung über die materiellen Bedingungen. Eine Bestandesaufnahme, die nicht nur Kulturpolitiker zu interessieren vermag.

Zu bestellen bei: Administration Vorwärts, Postfach, 3001 Bern.

nale Umweltschutzprojekte und stellt entsprechende Mittel dafür bereit.

– Eine Zivildienstruppe wird für den internationalen Einsatz in Drittwerldländern formiert, militärische Wiederholungskurse werden dafür angerechnet, entsprechende Mittel werden bereitgestellt, Infrastrukturausgaben (mit)finanziert.

– Die neutrale Schweiz übernimmt die aktive Rolle, damit Drittwerldländern faire Rohstoffpreise bezahlt werden.

– Die Schweiz erhöht ihren Anteil an öffentlicher Entwicklungshilfe massiv auf den Stand der in diesem Bereich fortschrittlichsten Industrieländer.

– Die Schweiz kehrt zu einer offenen und humanen Asylpolitik zurück und wird vermehrt in der Flüchtlingsausßenpolitik aktiv.